

## 22.12.20 - Pressemitteilung 2020-32:

# Große Mehrheit der Deutschen zu deutlichen Änderungen des eigenen Lebensstils bereit

Mit guten Vorsätzen ins neue Jahr – viele Menschen nehmen sich zum Jahreswechsel etwas für die Zukunft vor. Mit Blick auf das Bundestagswahljahr 2021 hat der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) nachgefragt: Wie groß ist der Veränderungswille in der Bevölkerung angesichts von Klimakrise, Artensterben und Umweltverschmutzung und was erwarten Bürgerinnen und Bürger von der Politik?

### Ergebnisse bundesweit

Das Ergebnis der vom BUND in Auftrag gegebenen repräsentativen Umfrage des Instituts Kantar: Eine große Mehrheit im Land ist zu deutlichen Änderungen ihrer Lebensweise bereit. Die Politik soll handeln.

86 Prozent der Deutschen sind demnach zu deutlichen Einschränkungen ihres Lebensstils bereit, um das Klima zu schützen. Rund 85 Prozent würden dies tun, um das **Artensterben** zu stoppen, und 87 Prozent für den Kampf gegen die **Umweltverschmutzung**. Befragt wurden im Zeitraum vom 15. bis 17. Dezember insgesamt 1014 repräsentativ ausgewählte Deutsche. Klimaschutz, Ressourcenwende und der Erhalt der biologischen Vielfalt müssen 2021 ganz oben auf der politischen Agenda stehen, fordert der BUND. Denn ohne eine Kehrtwende in den Produktionsweisen und im Konsumverhalten droht ein ökologischer Kollaps.

### Ergebnisse für den Odenwaldkreis

Die Umfrage bietet auch für den Odenwaldkreis interessante Einblicke. Sie gliedert die Antworten auch nach dem Wohnort der Befragten. In Hessen und in Kommunen bis zu 20.000 Einwohner – also genau der Zustand im Odenwaldkreis – sind die Ergebnisse der Umfrage ebenso klar. Als wichtigste Forderungen wurden genannt (Hessen/Gemeinde bis 5.000E/Gemeinde bis 20.000E) von % der Befragten:

Kennzeichnung von Chemikalien in Alltagsprodukten 95/86/90 %

Ausbau erneuerbarer Energien 76/82/87 %

Förderung besserer Bus- und Bahnverbindungen 88/82/86 %

Kennzeichnung von Gentechnik im Tierfutter bei Fleisch und Milcherzeugnissen 92/72/85 %

Vorgaben zur Langlebigkeit von Produkten 78/79/78 %

Verbot von Pflanzengiften in privaten Gärten 81/72/71 %

Verzicht auf Autobahnneubau 38/41/33 %

Am Beispiel der erneuerbaren Energien zeigt die Umfrage ein gravierend anderes Bild als die veröffentlichte Meinung im Odenwaldkreis. Die Zustimmung erreicht in kleinen und mittleren Gemeinden Werte über 80% - was mit dem in der Presse aufgebauten Gegenbild vom ‚grundsätzlichem Widerspruch‘ so gar nicht übereinstimmt. Ähnlich zu werten ist die Forderung nach Verbesserung im öffentlichen Bus- und Bahn-Verkehr. 8 von 10 Personen halten dies für eine wichtige bis sehr wichtige Angelegenheit.

## BUND Forderungen

**Olaf Bandt, BUND-Vorsitzender:** „2020 hat der Menschheit auf dramatische Weise ihre Verwundbarkeit vor Augen geführt. Klima- und Biodiversitätskrise, Umweltzerstörung und die Übernutzung unserer Ressourcen sind noch weit größere Bedrohungen unserer Existenz als die folgenschwere Corona-Pandemie. Mit unserem Lebensstil und unserer Wirtschaftsweise, mit denen wir einen gigantischen Raubbau an unseren Lebensgrundlagen betreiben, setzen wir unsere Zukunft aufs Spiel. Wir brauchen einen umfassenden sozial-ökologischen Wandel, um den ökologischen Kollaps noch abzuwenden und die Klimakatastrophe abzumildern. Das Wahljahr 2021 muss den Weg weisen für eine echte Verkehrs-, Agrar- und Ressourcenwende.“

Harald Hoppe, Sprecher des BUND Odenwald: „Die regionale Politik hat die Haltung der Bevölkerung zu Problemen des Umweltschutzes noch nicht zur Kenntnis genommen. Unsere Umfrage bescheinigt den Menschen ein erheblich höheres Problembewusstsein und die Bereitschaft, daraus Konsequenzen für das eigene Leben zu ziehen. Die Entscheiderinnen in Parlamenten und Verwaltung im Odenwaldkreis haben diese Bereitschaft noch nicht realisiert. Es ist dringend notwendig, jetzt schnell und konsequent für den Umweltschutz aktiv zu werden. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung erwartet dies von einer verantwortungsvollen Politik.“

Bei den in der Umfrage angeschnittenen Fragen muss und sollte bald etwas geschehen – auch im Odenwaldkreis.